

## Ein Zeichen der Hoffnung

von Judith Bernstein \*

*Anfang Mai 2010 veröffentlichten rund 3000 europäische Juden einen „Appell an die Vernunft“, in dem sie die israelische Regierung zur Beendigung der Siedlungspolitik in den palästinensischen Gebieten und die Europäische Union aufforderten, stärker als bisher ihr politisches Gewicht für den Frieden zwischen beiden Völkern einzubringen.*

Bisher war es ziemlich einfach, jüdische Kritik an der israelischen Politik mit dem Verdacht des «Selbsthasses» abzutun, der vor allem Repräsentanten und Anhänger der politischen Linken traf. Mit den jüngsten Aufrufen und Appellen aus den USA und Europa hat dieser schon bisher nicht überzeugende Argwohn weiter an Kraft verloren: Das Angebot, dass Kritik legitim sei, haben inzwischen auch Juden mit überwiegend konservativ-liberaler Grundhaltung aufgenommen.

Den Anfang machte vor zwei Jahren «J Street» in Washington, deren Begründer aus einer dezidiert prozionistischen Überzeugung heraus nicht länger die selbsternannten Israel-Freunde im Kongress und in der Administration gewähren lassen wollten. Hingegen fiel es jüdischen Intellektuellen, Wissenschaftlern und Autoren in Europa aufgrund der zweitausendjährigen Geschichte des Antijudaismus und Antisemitismus lange schwer, ihre Bedenken gegen die Politik Israels förmlich zu äußern. Jetzt kamen auch sie mit «JCall» nicht um den «Appell an die Vernunft» herum. Denn sie treibt die Sorge, dass der Siedlungsbau in der Westbank und in Ost-Jerusalem und die Unterdrückung des palästinensischen Volkes alle Visionen von Demokratie und Rechtsstaat ebenso wie die Hoffnung auf ein Gemeinwesen für alle seine Bürger endgültig unter sich begräbt.

Jahrzehntelang konnten alle Regierungen in Jerusalem darauf pochen, dass sich die jüdische Diaspora auf die Rolle politischer Gefolgschaft und auf die materielle Unterstützung zu beschränken habe. Im Kern lag dieser Haltung das zionistische Ethos zugrunde, wonach Israel im Namen aller Juden der Welt spreche, weil drei Jahre nach dem Ende der Schoa die vermeintlich einzig gültige Konsequenz gesiegt habe: die «nationale Normalisierung».

---

\* Der Beitrag ist erschienen in der „Jüdischen Zeitung“ Juni 2010, S. 4. Der Text des „Appells an die Vernunft“ ist in der Menüleiste „Erklärungen und Interviews“ dieser Homepage verfügbar.

«J Street» und «JCall» – unterstützt vom Appell «Um Zions Willen» der über fünftausend Juden aus dem öffentlichen Leben in den USA unter Beteiligung der Theologen David Biale sowie der Soziologen Steven M. Cohen und Michael Walzer – lassen keinen Zweifel an ihrer Liebe zu Israel aufkommen. Doch genauso klar ist für sie, dass ihre emotionale und spirituelle Loyalität mit dem Verlangen nach politischen Fortschritten verknüpft ist. Nachdem einige noch Anfang 2009 die israelischen Kampfhandlungen im Gazastreifen begrüßten, nehmen sie jetzt von der strapazierten Formel «Frieden durch Sicherheit» Abstand und kehren sie um: Israel müsse auf einen Kurs des Friedens mit den Nachbarn einschwenken, um jene Sicherheit zu gewinnen, die weitere Kriege verhindert.

Die breite Würdigung ihrer Entschlossenheit in der arabischen Welt bestätigt ihre These, dass Israel seine nationale Selbstisolierung in der Region beenden muss. Wenn mit Teheran tatsächlich ein tragfähiger Kompromiss erreicht werden sollte, würde er der Regierung in Jerusalem das Argument aus der Hand nehmen, mit Verweis auf das iranische Nuklearprogramm die Regelung mit den Palästinensern weiter auf die lange Bank zu schieben.

Dass die Appelle nicht auf ungeteilte Zustimmung in der jüdischen Welt stoßen, ändert an ihrem politischen Wert nichts. Immer mehr europäische Juden um die Initiatoren Daniel Cohn-Bendit, Bernard-Henry Lévy und Alain Finkielkraut herum können und wollen nicht länger zusehen, wie die israelische Politik im Nahostkonflikt und deren Unterstützung durch die jüdischen Gemeinden in Europa mit ihnen identifiziert wird. Folgerichtig ermahnen sie Barack Obama und die Europäische Union, endlich einen substantiellen Beitrag im Nahen Osten zu leisten und ihre Zurückhaltung nicht länger mit dem Rückgriff auf den Holocaust zu begründen.

Unstrittig bleibt, dass in ihrer künftigen Arbeit die palästinensischen Ansprüche größerer Aufmerksamkeit bedürfen. Gleiches gilt für die Frage, wie und wo die favorisierte Zweistaatenlösung umgesetzt werden kann. Ob das Argument der «demographischen Gefahr» hilfreich ist, muss bezweifelt werden. Außerdem: Welche Signale sendet die jüdisch-arabische Unebenbürtigkeit in Israel auf eine Friedensregelung aus? Beschädigt die innerpalästinensische Rivalität den Anspruch auf den eigenen Staat in Ost-Jerusalem, in der Westbank und im Gazastreifen?

Die innerjüdische Debatte ist in Gang gekommen, auch in Deutschland lässt sie sich nicht länger aufhalten. Für die Friedensbewegungen in Nahost bedeutet sie ein Zeichen der Unterstützung. An nicht-jüdische Europäer gerichtet, lautet ihre Quintessenz, die Urteile vom ideologischen Ballast zu befreien

und sich in verantwortlicher Weise den komplexen Bedingungen für den Frieden zwischen beiden Völkern zu stellen.

-----